

Play to Win

Impulse aus der Wirtschaft für
mehr Wettbewerbsfähigkeit
in Europa

**MADE FOR
GERMANY**
GEMEINSAM SIND WIR STARK

Die Herausforderung – Der globale Wettbewerb beschleunigt sich, Europa fällt zurück

Der europäische Binnenmarkt mit rund 440 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern ist der größte Wirtschaftsraum der Welt. Gleichzeitig bleibt er fragmentiert, stark reguliert und in zentralen Bereichen unvollendet. Die Umsetzung der im Draghi-Bericht enthaltenen Empfehlungen geht zu langsam voran. Im globalen Wettbewerb trifft Europa zugleich auf Staaten, die industriepolitisch steuern, gezielt deregulieren und Schlüsseltechnologien mit hoher Geschwindigkeit skalieren.

Als Unternehmen erleben wir weiterhin systemische Hindernisse für eine konsequente Vorwärtsbewegung. Zu restriktive und überschneidende Regulierung, eingeschränkte Daten- und Dienstleistungsfreiheit sowie nationale Sonderwege, die grenzüberschreitende Skalierung verhindern. Europa hat kein Erkenntnisproblem in der Frage, was erforderlich ist, um Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit herzustellen.

Das World Economic Forum 2026 in Davos hat den Ernst der globalen Lage besonders für Europa unterstrichen. Wir müssen jetzt in den Krisenmodus schalten und die Herausforderungen als Chancen begreifen: Weg von inkrementellen Reformen, hin zu strategischer Beschleunigung – mit klarer Priorisierung, schneller Umsetzung, Pragmatismus und messbaren Ergebnissen. Wer im globalen Wettbewerb bestehen will, muss Geschwindigkeit als Steuerungsgröße verankern. Zeit ist der entscheidende Wettbewerbsfaktor, der bestimmt,

- wie lange es bis zu einer Investitionsentscheidung dauert,
- wie schnell Genehmigungen erteilt werden,
- und ob neue Produkte und Geschäftsmodelle rechtzeitig im Markt skalieren können.

Nicht jede Reform muss perfekt sein und alle Mitgliedstaaten gleichzeitig erfassen, aber sie muss wirken und skalierbar sein. Strukturelle Reformen und politischen Prioritäten müssen zeitgleich auf technologische Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Verteidigungsfähigkeit ausgerichtet sein. Wenn uns dies zudem auf der Grundlage europäischer Rechtsstaatlichkeit gelingt, werden Investoren und Unternehmer zunehmend in den Standort Europa vertrauen.

Unsere Ambition – Europa wird der führende Standort, an dem Unternehmen Zukunftstechnologien nicht nur entwickeln, sondern sie industriell skalieren und global durchsetzen.

Europäische Unternehmen behaupten langfristig Führungsrollen in Schlüsseltechnologien – entlang globaler Wertschöpfungsketten, mit Europa als zentralem Innovations-, Produktions- und Investitionsraum. Diese Ambition verbindet Wettbewerbsfähigkeit, technologische Souveränität und geopolitischen Einfluss. Sie setzt voraus, dass Europa Investitionen ermöglicht, Skalierung beschleunigt und strategische Abhängigkeiten reduziert.

Unsere Empfehlung – Fünf konkrete Hebel für mehr Wettbewerbsfähigkeit in Europa:

1. **Bürokratie abbauen:** Bürokratieabbau als gleichrangiges politisches Ziel verankern und Regulierungsdichte reduzieren; verpflichtende Praxis-Checks vor jeder Gesetzesinitiative einführen; sowie Doppelregulierung abbauen und Ominibus-Prozesse konsequent nutzen
2. **Digitalisierung beschleunigen:** Digitalregulierung industriekompatibel vereinfachen und industrielle KI fördern; einheitliche, interoperable europäische Cloud-Standards durchsetzen, um eine vertrauenswürdige Cloud zu schaffen; sowie die EUDI Wallet

vom Regulierungsprojekt zur europäischen Alltagsinfrastruktur machen, u.a. durch sichere digitale Identitäten

3. **Forschung und Transfer ausbauen:** Vernetzung, Transfer und Entrepreneurship systematisch stärken, z.B. enge, agile Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten; das Innovationsumfeld, Infrastruktur und Skalierung etwa durch pan-europäische, grenzüberschreitende Innovationszentren und Cluster verbessern; sowie Finanzierung, Rechtsrahmen und Anreize neu ausrichten
4. **Kapitalmärkte stärken:** Kapitalmarktunion vollenden und marktgetriebene Konsolidierung ermöglichen; Integration, Finanzierungskraft und Wettbewerbsfähigkeit sichern; sowie private Ersparnisse mobilisieren und Regulierung auf Wettbewerb ausrichten
5. **Rohstoffversorgung sichern:** Wettbewerbsfähigkeit der rohstoffverarbeitenden Industrie wiederherstellen, u.a., durch Berücksichtigung bei energie- und CO₂-kostensenkenden Beihilfen; EU-Umweltrecht, z.B. EU-Wasserrahmenrichtlinie, praxisnah reformieren – bei hohen Standards; sowie Rohstoffprojekte gezielt entlasten und strategisch fördern

Die erfolgreiche Umsetzung dieser Hebel bestimmt, ob eine überzeugende „Equity Story“ gelingt – glaubwürdig für internationale Investoren, attraktiv für privates Kapital und widerstandsfähig gegen Schocks.

Die folgenden Kapitel zeigen für jedes der Handlungsfelder den strategischen Bruch, das Zielbild, den zentralen Engpass und konkrete Hebel für entschlossenes Handeln.

Handlungsfeld 1: Bürokratie abbauen

Regulierungsdichte reduzieren, Umsetzung beschleunigen, Wirkung priorisieren

I. Der strategische Bruch

Problem

Europa steht vor einer Übersteuerung des politischen Systems. In kurzer Folge wurde eine hohe Zahl an Rechtsakten verabschiedet – oft mit legitimen Einzelzielen, aber ohne ausreichende Gesamtsteuerung, Priorisierung und Umsetzbarkeit. Bürokratieabbau wird politisch angekündigt, faktisch jedoch durch neue Pflichten, Überschneidungen und unzureichende Vorlaufzeiten konterkariert.

Zielbild 2030: Steuerbare, priorisierte Regulierung

Bis 2030 sollte Bürokratieabbau in der EU **kein Nebenprodukt**, sondern ein **systematisches Steuerungsziel** sein:

- Neue Regulierung ist **klar priorisiert, kohärent und umsetzbar**.
- Berichtspflichten sind **entlang der gesamten Wertschöpfungskette spürbar reduziert**.
- Unternehmen haben **ausreichende Vorlaufzeiten**, um Anforderungen vollständig zu verstehen und effizient umzusetzen.
- EU-Ressourcen werden primär dort eingesetzt, wo Regulierung **nachweislich Wirkung entfaltet**.

II. Der zentrale Engpass

Das Kernproblem ist neben **überbordenden einzelnen Regelungen** vor allem ein **fehlender Mechanismus zur Begrenzung, Überprüfung und Priorisierung von Regulierung**.

Drei strukturelle Defizite wirken zusammen:

1. **Regulatorische Akkumulation** ohne systematischen Abbau bestehender Pflichten.
2. **Fehlende Praxisvalidierung** vor der Verabschiedung neuer Gesetze.
3. **Unzureichende Kohärenz** zwischen parallelen Gesetzesinitiativen (Digital-, Nachhaltigkeits-, Finanzregulierung).

Solange diese Engpässe bestehen, verstärkt jede neue Regulierung das Problem – selbst dann, wenn sie inhaltlich sinnvoll ist. Erschwerend kommt hinzu, dass viele Pflichten wegen der langsamen Prozesse erst jetzt wirksam werden und die Belastung zusätzlich steigern.

III. Drei entscheidende Hebel

Hebel 1: Bürokratieabbau als gleichrangiges politisches Ziel verankern

- **Verbindliche Priorisierung:** EU-Personal- und Haushaltsressourcen werden kurzfristig vornehmlich auf
 - Evaluierung bestehender Bürokratielasten und Überregulierung,
 - konkrete Abbauvorschläge,
 - und die Umsetzung innovativer Projekte konzentriert.
- **Moratorien oder Aussetzungen von Verpflichtungen**, wenn:
 - Vereinfachungen nicht zeitnah umgesetzt werden können,

- Deregulierung zu zaghaft ist und wirkungslos bleibt
- Umsetzungsbedingungen (Standards, Leitlinien, IT-Systeme) fehlen.
- **Neue Regulierung nur mit klar nachgewiesenem Impact** – keine parallele Ausweitung von Pflichten ohne Abbau an anderer Stelle.

Hebel 2: Verpflichtende Praxis-Checks vor jeder Gesetzesinitiative einführen

- Einführung **verpflichtender, frühzeitiger Praxis-Checks** mit Unternehmen und betroffenen Akteuren:
 - zeitlich klar definiert,
 - mit repräsentativer Beteiligung entlang der Wertschöpfungskette.
- Ziel:
 - drohende Bürokratielasten frühzeitig identifizieren,
 - Umsetzbarkeit realistisch bewerten,
 - spätere Nachsteuerung vermeiden.
- Gesetzgebungsverfahren müssen **ausreichend Zeitfenster** enthalten, um Ergebnisse der Praxis-Checks systematisch zu integrieren.

Hebel 3: Doppelregulierung abbauen und Omnibus-Prozesse konsequent nutzen

- **Fundamentale Vereinfachung der Financial Data Access Regulation**, da sie in der aktuellen Form:
 - nicht die politischen Ziele erreichen wird,
 - gegen einen effektiven EU-Binnenmarkt wird,
 - zusätzliche Bürokratie und Kosten schafft,
 - komplexe technische und operative Strukturen erzwingt,
 - keinen spürbaren Kundennutzen bedient.
- **Konsequente Reduktion von Redundanzen** bei nachhaltigkeitsbezogenen Berichtspflichten, unter anderem:
 - echte Reduzierung von Datenpunkten bei der ESRS-Überarbeitung,
 - keine Berichtspflichten für Akteure ohne Einfluss auf Produktgestaltung,
 - verbesserte Interoperabilität zwischen ESRS und ISSB-Standards,
 - Omnibus-Verfahren (Umwelt, Digitalisierung, Nachhaltigkeit etc.) für umfassende Deregulierung nutzen

Handlungsfeld 2: Digitalisierung beschleunigen

Förderung industrieller KI, vertrauenswürdige Cloud, sichere digitale Identitäten

I. Der strategische Bruch

Problem

Europa reguliert digitale Schlüsseltechnologien umfassend – nutzt sie aber zu selten, zu langsam und zu fragmentiert.

Während andere Weltregionen digitale Identitäts-, Cloud- und KI-Infrastrukturen als strategische Basistechnologien skalieren, bleibt Europa in **Pilotprojekten, fragmentierten Standards und regulatorischer Komplexität** stecken.

Die Folge ist kein kurzfristiges Effizienzproblem, sondern ein **struktureller, exponentiell wachsender und damit langfristiger Wettbewerbsnachteil**, der Produktivität, Innovationsgeschwindigkeit und staatliche Handlungsfähigkeit gleichermaßen bremst.

Zielbild 2030

Bis 2030 sollte Digitalisierung in Europa nicht mehr als Reformprojekt, sondern als **funktionierende Grundinfrastruktur** wahrgenommen werden:

- Es gibt **Planbarkeit und Investitionssicherheit**, statt erhöhte Innovationsrisiken.
- Industrielle KI-Anwendungen können **rechtssicher, skalierbar und wettbewerbsfähig** entwickelt und eingesetzt werden.
- Öffentliche Verwaltungen und Unternehmen greifen auf **interoperable, zertifizierte Cloud-Infrastrukturen** zurück. Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen nutzen **eine europaweit anerkannte digitale Identität** für Verwaltung, Wirtschaft und Mobilität.
- Rechtsgültige digitale Signaturen sind **Standard**, nicht Ausnahme – auch grenzüberschreitend.

II. Der zentrale Engpass

Nicht fehlende Technologie ist das Problem – sondern **fehlende Skalierung durch Fragmentierung und regulatorische Überkomplexität**.

Konkret blockieren drei Faktoren den Fortschritt:

1. **Überregulierung** (AI Act, Data Act, Cyber Resilience Act), die industrielle Anwendung bremst statt ermöglicht.
2. **Fragmentierte Standards und Zertifizierungen**, insbesondere im Cloud-Bereich.
3. **Zu geringe Nutzung und Akzeptanz bestehender europäischer Digitalinfrastrukturen** (z. B. EUDI Wallet).

III. Drei entscheidende Hebel

Hebel 1: Digitalregulierung industriekompatibel vereinfachen und zwischen B2B- und B2C-Anwendungen unterscheiden

- Grundlegende **Vereinfachung und Harmonisierung** der europäischen Digitalgesetzgebung.
- Vertiefung und Beschleunigung des **Digital-Omnibus** zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie.

- Klarstellung, dass maßgeschneiderte SaaS-Angebote nicht unter Wechselregeln für Datenverarbeitungsdienste fallen.
- Cyber Resilience Act: Angemessene Übergangsfristen nach Vorliegen harmonisierter Standards.
- AI Act: Herausnahme von KI-Systemen aus dem AI-Act-Geltungsbereich, die bereits durch bestehende sektorale Regelungen erfasst sind; Verlängerung für alle weiteren KI-Systeme mindestens 24 Monate nach Vorliegen harmonisierter Standards.

Hebel 2: Einheitliche, interoperable europäische Cloud-Standards durchsetzen

- Entwicklung **EU-weit nutzbarer Cloud-Standards**, die:
 - unterschiedliche Sicherheits- und Souveränitätsniveaus klar klassifizieren,
 - sichere, rechtskonforme Datenportabilität ermöglichen,
 - Datenschutz, Transparenz und Sicherheit technisch verankern.
- **Finalisierung des EU Cybersecurity Certification Scheme for Cloud Services (EUCS) als wichtige Basis für die Nutzung zertifizierter Cloud-Infrastrukturen**
- Ausarbeitung eines Sovereignty Standards, der Transparenz fördert und so effektives und selbstbestimmtes Risikomanagement ermöglicht
- Industriegetriebene, praxisnahe Standardsetzung statt nationaler Sonderwege.

Hebel 3: Die EUDI Wallet vom Regulierungsprojekt zur europäischen Alltagsinfrastruktur machen

- EU-weit koordinierte **Kommunikations- und Anreizprogramme**, um:
 - den praktischen Mehrwert der EUDI Wallet sichtbar zu machen (Identitätsnachweise, Unternehmensgründung, digitale Signaturen),
 - Vertrauen in Sicherheit, Datenschutz und Rechtsverbindlichkeit zu stärken,
 - konkrete Anwendungsfälle in Verwaltung und Wirtschaft zu skalieren.
- **Finanzielle und regulatorische Anreize** für:
 - frühe Integration in Verwaltungsprozesse,
 - Nutzung durch KMU,
 - sektorale Pilotprojekte mit klarer Skalierungsperspektive.
- Aufbau einer **europäischen Test- und Referenzinfrastruktur**, die:
 - Interoperabilität nationaler Wallet-Lösungen sicherstellt,
 - technische Standards validiert,
 - reale grenzüberschreitende Anwendungsszenarien testet.
- **Breite Nutzung der EUDI-Wallet für deutschen und europäische Bezahlverfahren**, inklusive:
 - Klarer Wallet-Strategie zwischen Bezahlverfahren und der EUDI-Wallet
 - Präferierte Kooperation der EUDI-Wallet mit deutschen und europäischen Bezahlverfahren, inkl. digitaler Euro,
 - Klarer regulatorischer Zuständigkeiten, damit Zahlungsverkehr weiterhin ausschließlich über beaufsichtigte Entitäten erfolgt,
 - Rechtlicher Grundlage für die Nutzung in allen Mitgliedsstaaten,
 - Frühzeitige Integration in Behördenprozesse.

Handlungsfeld 3: Forschung und Transfer ausbauen

Vernetzung und Transfer systematisch stärken, Innovationsumfeld verbessern, Finanzierung neu ausrichten

I. Der strategische Bruch

Problem

Europa gehört weltweit zur Spitze in der **Grundlagenforschung** – verliert aber systematisch an Boden, wenn es darum geht, Forschungsergebnisse **in marktfähige Produkte, Technologien, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle zu überführen**.

Der Schritt von der Idee zur Innovation ist in Europa **zu langsam, zu komplex und zu wenig skalierbar**.

Angesichts immer kürzerer Technologiezyklen, wachsender geoökonomischer Konkurrenz und gezielter industriepolitischer Steuerung in den USA und China wird dieser strukturelle Nachteil zunehmend zu einem **strategischen Risiko**.

Zielbild 2030: Schneller Transfer, skalierbare Innovation

Bis **2030** muss Europa seine Innovationsfähigkeit so ausrichten, dass **Forschungsergebnisse systematisch, schnell und in großem Maßstab** in die Anwendung überführt werden.

Konkret bedeutet das:

- **Verkürzte Wege von der Forschung zur Marktreife** (Time-to-Market) und zu **höheren Technologiereifegraden** (Technology Readiness Level). Verbunden mit einer entsprechenden Anpassung der Fördersystematik.
- Deutlich **höhere Gründungs- und Ausgründungsdynamik** aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen.
- Bessere Skalierungsbedingungen für innovative Unternehmen in Europa.
- Schnellere und breitere **Adoption neuer Technologien** in Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft (Technology Adoption Curve).
- Forschung, Transfer und industrielle Umsetzung **als zusammenhängenden Innovationsprozess** verstehen und steuern.

II. Der zentrale Engpass

Der zentrale Engpass liegt **nicht im Mangel an Ideen**, sondern in zwei strukturellen Schwächen des europäischen Innovationssystems:

Erstens: Ein unvollendeter europäischer Binnenmarkt erschwert die Skalierung

- Der europäische Binnenmarkt ist mit rund **440 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten** der größte Wirtschaftsraum der Welt – bleibt jedoch **fragmentiert in Regulierung, Daten- und Dienstleistungsfreiheit**. Für innovative Unternehmen bedeutet dies: Forschungsergebnisse lassen sich häufig **nicht grenzüberschreitend skalieren**, sondern müssen national angepasst, neu genehmigt oder regulatorisch neu bewertet werden.
- Insbesondere im Bereich **datenbasierter Geschäftsmodelle, digitaler Dienstleistungen und wissensintensiver Innovationen** verhindert diese

Fragmentierung eine schnelle Marktdurchdringung und erschwert den Übergang von Pilotprojekten zu industrieller Skalierung.

- Analysen der **Europäische Kommission** zeigen, dass rund **60 % der Hindernisse**, mit denen Unternehmen heute im Binnenmarkt konfrontiert sind, **bereits seit über 20 Jahren bestehen**. Dies belegt, dass das Problem weniger im Erkenntnismangel als in der **unzureichenden Umsetzung und Durchsetzung des Binnenmarktes** liegt.
- Der Bericht von **Enrico Letta** zur Zukunft des Binnenmarktes unterstreicht diese Diagnose und fordert, den Binnenmarkt **konsequent zu vollenden** und um eine „**fünfte Freiheit**“ zu erweitern: die **freie Bewegung von Forschung, Innovation, Wissen und Daten**.
- Solange diese fünfte Freiheit nicht realisiert ist, bleibt Europas Innovationsökosystem **national segmentiert** – mit der Folge, dass viele Innovationen zwar in Europa entstehen, ihre **wirtschaftliche Skalierung jedoch außerhalb Europas** erfolgt.

Zweitens: Unzureichende Vernetzung und unterentwickeltes Entrepreneurship

- Kooperationen zwischen Wissenschaft, etablierten Unternehmen, Start-ups, Förderinstitutionen, Patent- und Normungsstellen sind **fragmentiert, projektbezogen und nicht nachhaltig**.
- Transfer- und Anwendungsorientierung werden im Wissenschaftssystem **nicht ausreichend honoriert**; Publikationen zählen mehr als wirtschaftliche Umsetzung.
- Eine schwache Gründerkultur und geringe Risikobereitschaft hemmen Ausgründungen und Kommerzialisierung – insbesondere im internationalen Vergleich.

Drittens: Hemmende Rahmenbedingungen bei Infrastruktur, Finanzierung und Bürokratie

- Mangel an modernen **Labor-, Test- und Pilotinfrastrukturen**, um Innovationen schnell zu validieren und zu skalieren.
- Deutlich geringere Verfügbarkeit von **Risikokapital**, insbesondere in der Scale-up-Phase.
- Überbordende Regulierung, komplexe Verwaltungsprozesse und fragmentierte Zuständigkeiten bremsen Innovation, Gründung und Markteinführung.

III. Drei entscheidende Hebel

Hebel 1: Vernetzung, Transfer und Entrepreneurship systematisch stärken

- **Engere, agile Zusammenarbeit** zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Industrie, Mittelstand, Start-ups, Förderorganisationen, Patent- und Normungsstellen, zum Beispiel in Innovationspartnerschaften nach europäischem Vorbild.
- Einführung eines **One-Stop-Shop-Ansatzes** für Förderprogramme und -richtlinien, um Komplexität zu reduzieren und Zugang zu erleichtern.
- **Stärkere Einbindung von Wirtschaft und Start-ups** in europäische Forschungsrahmenprogramme – von der Themenfindung bis zur Umsetzung.
- Aufbau einer **europäischen Kooperationsstruktur nach dem Vorbild der DARPA**, um:
 - Silos zwischen ziviler und militärischer Forschung aufzubrechen,
 - risikoreiche, disruptive Innovationen gezielt zu fördern.

- Konsequente Umsetzung des Ansatzes „**dual-use by default**“ im kommenden Forschungsrahmenprogramm (FP10) ohne zusätzliche Hürden aufzubauen.

Hebel 2: Innovationsumfeld, Infrastruktur und Skalierung verbessern

- Ausbau **pan-europäischer, grenzüberschreitender Innovationszentren und Cluster**, mit Fokus auf Transfer und Anwendung – keine neuen Großforschungsanlagen.
- **Bürokratiearme Reallabore, Inkubatoren und Sandboxes**, um neue Technologien zu testen, zu validieren und zu skalieren.
- Stärkere **internationale Kooperationen**, um Netzwerke, Märkte und Skalierungsmöglichkeiten zu erweitern.
- Ausbau **öffentlich-privater Partnerschaften** zur gezielten Co-Investition in Innovationsprojekte.
- Schaffung größerer **Scale-up-Fonds und Stärkung der Nutzung der Important Projects of Common European Interest (IPCEI)**, um Wachstumsphasen innovativer Unternehmen in Europa zu (co-)finanzieren.
- Ausbau strategischer Vernetzung und Partnerschaften im Ökosystem Bildung vor allem zur **Stärkung von KI- und MINT-Kompetenzen**

Hebel 3: Finanzierung, Förderung, Rechtsrahmen und Anreize neu ausrichten

- **Verbesserung des Zugangs zu Wagniskapital**, u. a. durch attraktivere Rahmenbedingungen für institutionelle Investoren wie Pensionsfonds (z. B. Anhebung der 5-Prozent-Grenze).
- Zusammenführung bestehender europäischer Instrumente in ein **kohärentes Rahmenprogramm für Innovation und Wachstum**.
- Unterstützung eines **einheitlichen europäischen Rechtsrahmens („28. Regime“)** für **innovative Unternehmen**, unter Berücksichtigung von Start-ups und Mittelstand.
- Reduktion bürokratischer und regulatorischer Hürden bei Gründung, Skalierung und Markteinführung.

Handlungsfeld 4: Kapitalmärkte stärken

Integration vollenden, private Ersparnisse mobilisieren, Wettbewerbsfähigkeit sichern

I. Der strategische Bruch

Problem

Europa verfügt über hohe private Ersparnisse, starke Unternehmen und große Investitionsbedarfe – **doch sein Kapitalmarkt ist strukturell fragmentiert und unterdimensioniert.**

Seit Jahren wird die Vollendung der Kapitalmarktunion diskutiert, ohne dass es gelingt, nationale Barrieren im Wertpapier-, Steuer- und Insolvenzrecht wirksam zu überwinden.

Die Folge ist ein strukturelles Missverhältnis: **Innovationen, Transformation und Wachstum benötigen Kapital**, das in Europa vorhanden ist – aber **nicht in ausreichendem Maße über europäische Kapitalmärkte mobilisiert wird.** Stattdessen weichen Unternehmen auf außereuropäische Finanzierungsquellen aus, während europäische Sparerinnen und Sparer nur begrenzt an Wertschöpfung teilhaben.

Damit ist ein Punkt erreicht, an dem **inkrementelle Reformen nicht mehr ausreichen.** Ohne einen qualitativen Integrationsschritt droht Europa, seine wirtschaftliche Dynamik dauerhaft zu verlieren.

Zielbild 2030

Bis 2030 sollte der europäische Kapitalmarkt eine **tragende Säule von Wachstum, Innovation und Wohlstand** sein:

- Unternehmen können **grenzüberschreitend effizient Kapital aufnehmen**, ohne regulatorische Mehrfachbelastungen.
- Private Haushalte beteiligen sich **systematisch und transparent** an der Wertschöpfung der Kapitalmärkte.
- Banken und Kapitalmärkte wirken **komplementär** bei der Finanzierung von Transformation und Innovation.
- Europäische Marktinfrastrukturen sind **integriert, wettbewerbsfähig und international anschlussfähig.**
- Regulierung stärkt **Wettbewerb und Liquidität**, statt sie unbeabsichtigt zu fragmentieren.

II. Der zentrale Engpass

Der zentrale Engpass ist **nicht fehlendes Kapital**, sondern **institutionelle Fragmentierung kombiniert mit regulatorischer Übersteuerung.**

Drei Faktoren wirken zusammen:

1. **Nationale Rechts- und Steuerbarrieren**, die grenzüberschreitende Investitionen erschweren.
2. **Regulatorische Eingriffe**, die Wettbewerb, Liquidität und Innovationsfähigkeit einschränken.
3. **Unzureichende Mobilisierung privater Ersparnisse**, insbesondere über Altersvorsorge und langfristige Anlageformen.

Solange diese Engpässe bestehen, bleibt der europäische Kapitalmarkt **unter seinen Möglichkeiten** – mit direkten Folgen für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit.

III. Drei entscheidende Hebel

Hebel 1: Kapitalmarktunion vollenden und marktgetriebene Konsolidierung ermöglichen

- **Abbau nationaler Barrieren** im Wertpapier-, Steuer- und Insolvenzrecht, um grenzüberschreitende Investitionen zu erleichtern.
- Einführung eines **28. Regimes** als optionaler Rechtsrahmen für:
 - Wertpapieremissionen,
 - Marktinfrastrukturen,
 - bestimmte Anlageprodukte.
- Ermöglichung **marktgetriebener Konsolidierung** europäischer Börsen- und Nachhandelsinfrastrukturen im Rahmen der Modernisierung des EU-Wettbewerbsrechts.

Hebel 2: Integration, Finanzierungskraft und Wettbewerbsfähigkeit sichern

- Unterstützung der Kommissionsvorschläge zur:
 - Vereinfachung grenzüberschreitender Investitionen,
 - Optimierung der Nachhandelsabwicklung,
 - Beschleunigung von Innovationen.
- **Kapitalanforderungen an Banken** so ausgestalten, dass:
 - Transformationsfinanzierungen möglich bleiben,
 - ein Level Playing Field mit außereuropäischen Banken gewährleistet ist.
- Stärkung der Komplementarität von Banken- und Kapitalmarktfinanzierung.
- Erhöhung des Kreditvergabespielraums durch Eigenkapital reduzierende Berücksichtigung von Sachsicherheiten und Forderungsabtretungen im KSA analog zum IRB-Basisansatz.

Hebel 3: Private Ersparnisse mobilisieren und Regulierung auf Wettbewerb ausrichten

- **Ambitionierte Reform der privaten Altersvorsorge:**
 - Unterstützung der Initiative für einen „Saving and Investment Account“,
 - Einführung eines **Altersvorsorgedepots**, das:
 - alle Rentenansprüche und -produkte bündelt,
 - Transparenz und aktive Steuerung ermöglicht.
- **Stopp zusätzlicher Preisregulierung** (z. B. bei Abwicklungsentgelten), wo funktionierender Wettbewerb bessere Ergebnisse liefert.
- **Grundlegende Überarbeitung der Verbriefungsregulierung**, um:
 - Liquidität zu sichern,
 - Finanzierung von Industrie, Mittelstand und Transformation nicht zu erschweren.
- **Verzicht auf marktverzerrende Eingriffe** in Energie- und Finanzierungsderivatemärkte (z.B. überzogene Positionslimits oder Preisobergrenzen).

Handlungsfeld 5: Rohstoffversorgung sichern

Abhängigkeiten reduzieren, Investitionen ermöglichen

I. Der strategische Bruch

Problem

Die Europäische Union hat ihre eigene Rohstoffbasis über Jahrzehnte systematisch geschwächt – nicht weil es an Vorkommen fehlt, sondern weil Gewinnung und Verarbeitung **politisch unterschätzt, regulatorisch ausgebremst und wirtschaftlich unattraktiv gemacht** wurden.

Heute ist die EU bei den meisten Rohstoffen weder in der Gewinnung noch in der Verarbeitung wettbewerbsfähig. Investitionen bleiben aus, während die Abhängigkeit von Drittstaaten weiter zunimmt. Diese Abhängigkeit ist **kein Marktversagen**, sondern das Ergebnis einer Standortrealität aus überlagerter Regulierung, hohen Energie- und CO₂-Kosten sowie langwierigen Genehmigungsverfahren und umfangreichen Klagebefugnissen für Dritte.

Damit ist ein Punkt erreicht, an dem Rohstoffpolitik **nicht länger als Umwelt- oder Einzelindustriewirtschaftspolitik** behandelt werden kann, sondern als **strategische Voraussetzung für Wohlstand, Transformation und Sicherheit**.

Zielbild 2030: Investitionsfähigkeit herstellen, Wirkung bis 2035 absichern

Bis **2030** muss die Europäische Union die **politischen, regulatorischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen** schaffen, damit heimische Rohstoffgewinnung und -verarbeitung wieder **wirtschaftlich tragfähig, investitionsfähig und schnell genehmigungsfähig** werden.

Diese Voraussetzungen sind notwendig, damit Europa **bis 2035** wieder über eine breite und abgesicherte **resiliente eigene Rohstoffbasis** verfügt.

Konkret bedeutet das:

- **Bis 2030**
 - Sämtliche Rohstoffprojekte in der EU sind **wettbewerbsfähig umsetzbar und rechtssicher planbar und werden innerhalb klar definierter Fristen genehmigt**
 - Umwelt- und Naturschutzstandards bleiben bestehen, sind jedoch **praxisnah und wirtschaftlich umzusetzen und an strategischen Interessen (Resilienz) orientiert**.
 - Investoren bewerten die EU als **verlässlichen Standort** für langfristige, kapitalintensive Rohstoffprojekte.
- **Bis 2035**
 - Rohstoffgewinnung in der Europäischen Union ist auch in der Hochphase der Transformation wettbewerbsfähig.
 - Regulierung fokussiert sich auf die Einhaltung von hohen Standards für Schutzgüter genauso wie auf die Garantie wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen
 - Erste großskalige Projekte zur Gewinnung und Verarbeitung kritischer Rohstoffe befinden sich **im wirtschaftlichen Betrieb**.

- Primär-, Sekundär- und nicht-fossile Rohstoffe bilden **an ihrem Beitrag zur Bedarfsdeckung orientierte, integrierte Säulen** der europäischen Rohstoffversorgung.
- Die Abhängigkeit bei kritischen, strategischen und für den gesellschaftlichen Grundbedarf essentiellen Rohstoffen ist **substanziell reduziert**.

II. Der zentrale Engpass

Der zentrale Engpass ist **nicht fehlendes politisches Problembewusstsein**, sondern eine **Standortrealität, die Investitionen systematisch verhindert**.

Drei Faktoren wirken zusammen:

1. **Strukturelle Wettbewerbsnachteile** hohe Energiepreise und CO₂-Kosten, sowie Dumping-Importe
2. **Ein EU-Umwelt- und Wasserrecht**, das Rohstoffprojekte stark verzögert, unwirtschaftlich macht oder verhindert.
3. **Zu zögerliche, fragmentierte und wirkungslose politische Gegenmaßnahmen**, während andere Weltregionen Rohstoffprojekte aktiv unterstützen.

Solange diese Engpässe bestehen, bleibt jede Rohstoffstrategie **politisch ambitioniert, aber wirtschaftlich wirkungslos**.

III. Drei entscheidende Hebel

Hebel 1: Wettbewerbsfähigkeit der rohstoffverarbeitenden Industrie wiederherstellen

- **Bevorzugte Berücksichtigung rohstoffgewinnender Betriebe** bei energie- und CO₂-kostensenkenden Beihilfen.
- **Umkehr der Beweislast bei Dumping-Importen**: Importeure müssen nachweisen, dass Rohstoffe unter fairen Wettbewerbsbedingungen produziert wurden.
- **Beschleunigung von Anti-Dumping-Verfahren**, um Marktverzerrungen zeitnah zu korrigieren.
- **Herstellung eines Level-Playing-Fields und fairer Wettbewerbsbedingungen für international tätige Unternehmen** .

Hebel 2: EU-Umweltrecht praxisnah reformieren – bei hohen Standards

- **Ambitionierte Überarbeitung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, orientiert an dem Ziel des RESourceEU-Aktionsplans, die Rohstoffgewinnung zu beschleunigen** (inklusive realistischer Anpassung der 2027-Zielvorgaben und expliziter Berücksichtigung strategischer Rohstoffprojekte).
- Aufsetzen eines zusätzlichen Wasser-Omnibusses, um sehr zeitnah und wirkungsvoll Beschleunigung im Wasserrecht zu hebeln und so schnell Resilienz in der Rohstoffgewinnung zu erreichen.
- **Praxisorientierte Anpassung der Naturschutzrichtlinien** (FFH- und Vogelschutzrichtlinie) im Rahmen eines EU-Umwelt-Omnibus und des Industry Accelerator Act mit dem Ziel der Straffung von Rohstoffgewinnungsverfahren
- **Einschränkung des EU-Verbandsklagerechts**, um jahrelange Rechtsunsicherheit bei strategischen Projekten zu vermeiden.
- Politische Klarstellung: Ohne rechtssichere *license to operate* wird es **keine Rohstoffgewinnung in der EU** geben.

Hebel 3: Rohstoffprojekte gezielt entlasten und strategisch fördern

- Prioritäre Berücksichtigung von Rohstoffgewinnungs- und Rohstoffverarbeitungsprojekten im Critical Medicine Act, dem Critical Chemicals Act und dem Industry Accelerator Act.
- **Konsequente Integration von Sekundär- und nicht-fossilen Rohstoffen** in:
 - den Critical Raw Materials Act (CRMA),
 - IPCEI-Strukturen.
- Klare politische Botschaft an Investoren: Rohstoffprojekte sind strategisch erwünscht und regulatorisch möglich.